

Liebe LeserInnen,

Neue WOCHE Editorial



Die bisher größte Demonstration gegen das Freihandelsabkommen hat am Samstag in Berlin stattgefunden: Bis zu 250.000 Menschen protestierten gegen TTIP. Gibt es noch Freunde des Abkommens? Wie wird die nächste Verhandlungsrunde ausfallen?

Zehn Verhandlungsrunden innerhalb von zwei Jahren gab es bereits. Details darüber sind nur begrenzt bekannt. Nicht nur bei den Bürgern, auch innerhalb der Regierung fallen die Meinungen hierzu zweigespaltlen aus. Der Protest am Samstag wurde auch von den Grünen und den Linken unterstützt. Man wolle die Zukunft nicht den Märkten hinterlassen, sondern die Demokratie retten, hatte Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, bei seiner Auftaktrede betont. Ist es noch eine demokratische Entscheidung, wenn Inhalte der Verhandlungsrunden und Pläne nicht vollkommen öffentlich dargelegt werden? Was hat es zu bedeuten, wenn an nur einem Tag eine viertel Million Menschen dagegen lautstark werden?

Gewiss, derartige – beinahe geheime – Verhandlungen sind in einer Demokratie nicht wirklich vorgesehen. Mit Protesten Druck ausüben, kann keineswegs schaden. Denn viel zu viel spielt sich eben hinter verschlossenen Türen ab. Es sollte mit offeneren Karten gespielt werden, Details dargelegt, Vordruck und Nachteile ehrlich erläutert und Möglichkeiten offengelegt werden, wie gegen Letzteres gehandelt werden könne. Dass der Öffentlichkeit nur vage Einblicke über die Verhandlungen gewährt werden, muss nun zwar nicht unbedingt Ungutes verheißen. Aber es macht doch mehr als skeptisch. Vor allem, wenn nicht einmal allen Abgeordneten die volle Einsicht in die Unterlagen der EU-Kommission zugänglich ist.



Tausende Menschen nehmen in Berlin an der Demonstration gegen das transatlantische Handelsabkommen TTIP (USA) und Ceta (Kanada). Organisiert wird die Protestaktion unter anderem von Umwelt-, Sozial-, Kultur- und Verbraucherverbänden, darunter der BUND und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB).

Die verlaublichen Hauptziele – mehr Wachstum und mehr Jobs – klingen ja zunächst verlockend. Aber sind sie realisierbar? Und wenn ja, wie nachhaltig wird dies sein und welche zum Teil blutig erlangenen Freiheiten gehen letztlich verloren? Wie sieht also die Gesamt-Bilanz aus? Man muss nicht unbedingt nur an eventuelle gesundheitliche Auswirkungen denken, die in Folge eines Handels mit genmanipulierten und stark behandelten Nahrungsmitteln entstehen könnten. Oder an mögliche Vernachlässigung bisheriger Handelspartner und eine noch ungerechtere Verteilung in der Welt. Es bedarf Antworten auf diese und andere Fragen. Und dies zu ermöglichen, dazu können wohl nur weitere große Demonstrationen führen. Es geht schließlich unter anderem um die Zusage, wie im Falle der Unterzeichnung eines Abkommens deutsche – und europäische – Richtlinien aufrecht erhalten werden, und wie Themen wie Umweltschutz und Gesundheit gewertschätzt werden. Es mag letztendlich eine Entscheidung sein, die auf Regierungsebene getroffen wird, doch in einem demokratischen Staat sind Offenheit und Bürgerbeteiligung in solch gravierenden Fragen meiner Meinung nach unerlässlich.

Ein solches Prozedere gibt es in den 1960ern, 70ern und 80er Jahren geführt. Man ist weit vom Traum der Demokratie entfernt, der auch die Rebellion 2013 in Istanbul geprägt hatte. Auch für die hatte Erdogan Terroristen verantwortlich gemacht. Die französische Tageszeitung „Le Monde“ kommentiert die Vergabe des Friedensnobelpreises an das Quartett für den Nationalen Dialog in Tunesien: „Dieser Friedensnobelpreis kann auch dazu beitragen, alle diejenigen zu bremsen, die in der gegenwärtigen Regierung zu den Methoden der Terrorbekämpfung früherer Zeiten zurückkehren möchten, also der Folter und der Willkür. Diese Tendenz existiert in Randgruppen der Partei Nidaa Tounes von Präsident Béji Caïd Essebsi, die aus dem Regime (des gestürzten Machthabers Zine el Abidine) Ben Ali hervorgegangen ist. Und weit über Tunesien hinaus gilt dieser Nobelpreis als Botschaft für eine arabische Welt, die von Konflikten zerrissen wird, und wo das Konzept eines nationalen Dialogs allzuoft ein frommer Wunsch bleibt.“

Bis nächste Woche Ihre Nadine Halberkann

Kanzleramtsminister kündigt Entscheidung über Transitzonen an

Berlin (dpa) – Der neue Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, Kanzleramtsminister Peter Altmaier, hat eine baldige Entscheidung zu der vor allem von Bayern und der CSU geforderten Einrichtung von Transitzonen für Flüchtlinge angekündigt.

Solche Zentren in Grenznähe, aus denen bestimmte Asylbewerber nach Schnellprüfungen wieder umstandslos zurückgeschickt werden könnten, „können ein vernünftiges Element sein“, sagte Altmaier. „Aber sie allein können das Problem nicht lösen.“ Die europäischen Gesetze stellten den Mitgliedstaaten frei, Transitzonen einzurichten. „Wir besprechen diese Frage gerade in der Koalition. Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Tagen zu einer Entscheidung kommen“, sagte der CDU-Politiker.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will per Gesetz die Möglichkeit schaffen, bestimmte Flüchtlingsgruppen künftig vor der Entscheidung über die Einreise nach Deutschland bis zu einer Woche in Transitzonen an den Landesgrenzen festzuhalten. In dieser Zeit soll im Schnellverfahren geprüft werden, ob sie Anspruch auf Asyl haben. Falls nicht, würde die Einreise verweigert. Aus der SPD und der EU-Kommission hatte es zuletzt Einwände gegeben.

Ein solches Prozedere gibt es schon im „Flughafenverfahren“, einer Sonderregelung für Asylbewerber, die auf dem Luftweg einreisen. Wer keine oder gefälschte Ausreisepapiere bei sich hat, oder aus einem „sicheren Herkunftsland“ kommt, kann am Flughafen festgehalten werden – und sein Asylgesuch wird innerhalb weniger Tage bearbeitet, während sich der Ausländer im Transitbereich des Airports aufhält. Dies geschieht nur an Flughäfen, an denen Asylbewerber auf dem Gelände untergebracht werden können, etwa in Berlin oder Frankfurt.

De Maizière sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe: „Ich möchte das sogenannte Flughafenverfahren auf die Landesgrenzen übertragen.“ Dafür seien „keine großen Transitzonen“ notwendig. Die Grünen-Gesundheitspolitikerin Maria Klein-Schmeink forderte die Bundesregierung derweil auf, sich um die traumatisierten Flüchtlinge im Land zu kümmern. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) dürfe nicht länger nur auf die Zuständigkeit der Bundesländer verweisen, sondern müsse sicherstellen, „dass wir bundesweit schwer traumatisierten und psychisch kranken Menschen zeitnah eine angemessene Behandlung ermöglichen“, sagte Klein-Schmeink der Deutschen Presse-Agentur.

Aus aller Welt



Kurdische Demonstranten ziehen in Hamburg durch die Innenstadt und halten ein Transparent mit der Aufschrift „9. Oktober 1998 = Beginn des 3. Weltkriegs. Freiheit für Öcalan und demokratische Autonomie für die Völker im mittleren Osten!“. Nach dem Terroranschlag auf eine regierungskritische Friedensdemonstration in der türkischen Hauptstadt Ankara mit mindestens 86 Toten sind in Hamburg kurdische Demonstranten auf die Straße gegangen.



Nach der Bombardierung eines Krankenhauses im afghanischen Kundus haben die USA Entschädigungszahlungen an die Familien der Opfer angekündigt. Auch für den Wiederaufbau der Klinik der Organisation Ärzte ohne Grenzen sollen Gelder zur Verfügung gestellt werden, wie das Verteidigungsministerium in Washington mitteilte. Über die Beträge will das Pentagon demnach mit den Betroffenen sprechen. Bei dem nach US-Angaben verheerenden Angriff auf das Krankenhaus waren 22 Menschen ums Leben gekommen.



Zehn Tage nach dem verheerenden Erdbeben in Guatemala ist die Zahl der geborgenen Toten nach offiziellen Angaben auf 271 angestiegen. Noch immer werden Menschen vermisst. Nach Angaben des Katastrophenschutzes Conred können mehr als 350 noch unter dem Schlamm liegen. Die Rettungsarbeiten gingen am Wochenende weiter.

Blick in die Presse

Die französische Regionalzeitung „Dernières Nouvelles d'Alsace“ (Straßburg) kommentiert den Doppelanschlag in Ankara: „Der Anschlag nützt Präsident (Recep Tayyip) Erdogan, weil die islamisch-konservativen Machthaber das pro-kurdische Lager beschuldigen können, Zwietracht zu sähen. So kann sich Erdogan als alleiniger Retter in Po-

sition bringen. Nachdem er jüngst schon kritische Medien knebeln ließ, kommen von ihm – abgesehen von reinen Lippenbekenntnissen – keine Signale für eine Lockerung der Kontrolle oder eine Beruhigung der Lage. Die Türkei ist in einen solchen Strudel geraten, dass Erinnerungen an die Geschichte wach werden: Eine ähnliche Anarchie hat zu drei Staatsstreichen

in den 1960ern, 70ern und 80er Jahren geführt. Man ist weit vom Traum der Demokratie entfernt, der auch die Rebellion 2013 in Istanbul geprägt hatte. Auch für die hatte Erdogan Terroristen verantwortlich gemacht.

Die französische Tageszeitung „Le Monde“ kommentiert die Vergabe des Friedensnobelpreises an das Quartett für den Nationalen Dialog in Tunesien: „Dieser Friedensnobelpreis kann auch dazu beitragen, alle diejenigen zu bremsen, die in der gegenwärtigen Regierung zu den Methoden der Terrorbekämpfung früherer Zeiten zurückkehren möchten, also der Folter und der Willkür. Diese Tendenz existiert in Randgruppen der Partei Nidaa Tounes von Präsident Béji Caïd Essebsi, die aus dem Regime (des gestürzten Machthabers Zine el Abidine) Ben Ali hervorgegangen ist. Und weit über Tunesien hinaus gilt dieser Nobelpreis als Botschaft für eine arabische Welt, die von Konflikten zerrissen wird,

und wo das Konzept eines nationalen Dialogs allzuoft ein frommer Wunsch bleibt.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert die Forderung nach Suspendierung des FIFA-Chefs Joseph Blatter: „Seit Jahrzehnten lebt Blatter im geschlossenen System namens Fifa, seit 17 Jahren als deren Präsident. Das Leben in einer solchen Parallelwelt verschiebt offenbar die Wahrnehmung der Realität. Im Interview, das eine deutsche Zeitschrift mit ihm führte, sagt Blatter: „Mir geht es gut ... Die Fifa funktioniert immer noch gut.“ Wie bitte? Da stürzt rund um den Präsidenten ein Gebäude nach dem andern ein – und es geht ihm gut, schlicht und ergreifend? ... Von einem, der die Realität so verzerrt wahrnimmt, ist nicht zu erwarten, dass er die Verantwortung übernimmt und per sofort zurücktritt. Er geht einfach weiter ins Büro. Immerhin scheint es, als würde hier die Ethikkommission sehr bald neue Fakten schaffen.“

Gedenk-/Feiertage

26. Oktober	Österreichischer Nationalfeiertag
31. Oktober	Reformationstag
1. November	Allerheiligen
18. November	Buß- und Betttag
6. Dezember	St. Nikolaus

Try Harders ... always reliable, always punctual
International Forwarding Agents and Licensed Customs Brokers
phone Henning Harders Pty Ltd on (02) 9358 5100 or (03) 9335 5644

Kursnotierungen:

Land	Währung	Ankauf	Verkauf
Europa	Euro	0.6085	0.6752
Schweiz	SF	0.6663	0.7338
USA	US \$	0.6974	0.7585

Achtung Touristen: Die angegebenen Kurse entsprechen dem amtlichen Mittelkurs bei bargeldloser Verrechnung. Die Umtauschquoten für Bargeld oder Traveller Cheques liegen in der Regel um einige Prozentpunkte höher (Ankauf) oder niedriger (Verkauf). Umrechnungskurse immer bezogen auf 1 Australien-Dollar (ohne Gewähr).

Impressum



Foreign Media Australia Pty. Ltd.

ABN: 42167437943

Redaktion: 406 / 212 Bondi Road, Bondi NSW 2026
Postanschrift: PO Box 187, Bondi Road Post Office, Bondi NSW 2026

Telefon: 02 8283 5105 Mobile: 0451 790 403
Email: neuewoche@tpg.com.au

Geschäftsführende Chefredakteurin (Managing Editor)
Nadine Halberkann

Korrespondenten

Nadja Mack (Melbourne, VIC), Dr. Olaf Konstantin Krueger (Adelaide, SA), Wolfgang Kreuzer (Brisbane, QLD) Tel.: 0409 894 575, Wolfgang Leonhardt (Perth WA) Tel.: (08) 9302 4942

Printed by New Age Printing Pty. Ltd., 25 Clyde Street, Rydalmere NSW 2116, T. (02) 9684 4406
Distributed by Wrapaway, 36A/1/34 Fitzroy St., Marrickville NSW 2204, T. (02) 9550 1622

Nicht ausdrücklich gekennzeichnete Beiträge und Bilder sind dpa Berichte und dpa Fotos! Für unverlangt eingesandtes Material sowie Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung erfolgt nur, falls ein adressierter Freumschlag beigelegt ist.

Vorschau Ausgabe 41/15

Seite 10: MM gegen MZ: Deutscher Zeitungswettstreit auf Mallorca Nachruf: Kameramann

Eric Gähler ist gestorben

Seite 12: Jodeln und Ententanz: DÖG feiert „Wiesn“ in Cabramatta

„Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“: Tag der Einheit in Sydney

Seite 13: VW-Kombibusse, Surfmusik und Bondis „Beach Boys“

Oktoberfest in Brisbane wird offiziell eröffnet

Seite 17: Museum Steinegg: Ein unvergesslicher Ausflug in die Geschichte Tirols

EU und Balkanländer vereinbaren Zusammenarbeit in Flüchtlingskrise

Luxemburg (dpa) – Die Balkanländer sollen der EU in der Flüchtlingskrise helfen und Migranten auf deren Weg nach Westeuropa aufhalten. Minister beider Seiten vereinbarten bei einer Westbalkan-Konferenz am Donnerstag in Luxemburg erste Maßnahmen. So sollen Länder wie Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Albanien, Montenegro und Kosovo ihre Grenzen künftig besser schützen.

Gleichzeitig sollen die Balkanstaaten Migranten in ihrem Land besser unterbringen, Asylverfahren schneller abwickeln und falls nötig abgelehnte Bewerber abschieben. Ziel ist auch, gegen Menschen-smuggler und illegale Einwanderung vorzugehen und eine politische Lösung für den Bürgerkrieg in Syrien zu finden. „Gemeinsame Verantwortung muss in gemeinsames Handeln umgesetzt werden“, steht in der Erklärung der Konferenz.

Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sagte: „Wir stehen vor denselben Herausforderungen rund ums Mittelmeer, wir sitzen im selben Boot.“ Der EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, sprach von einem globalen Flüchtlingsproblem: „Es geht nicht darum, heiße Kartoffeln hin



Flüchtlinge warten in einem Flüchtlingslager an der serbisch-kroatischen Grenze nahe Ilok, Kroatien.

und her zu schupfen (schieben), sondern es geht darum, gemeinsame Lösungen zu finden.“ Für einen besseren Dialog sprach sich auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) aus: „Da gab es viele gegenseitige Vorwürfe. Das muss beendet werden.“ Die EU will den Balkanstaaten bei der Umsetzung der Vereinbarung helfen. Anlass für die Konferenz war die deutlich wachsende Zahl von Migranten, die aus dem Nahen Osten über die Balkan-

route nach Europa kommen. In Luxemburg waren auch Länder mit vielen Flüchtlingen wie Türkei, Libanon und Jordanien vertreten.

Die sechs Balkanländer sollen auf der geplanten EU-Liste der „sicheren Herkunftsländer“ stehen, in die EU-Staaten Flüchtlinge leichter abschieben können. Umstritten ist aber nach wie vor, ob auch die Türkei auf die Liste kommen soll. Minister de Maizière plädierte dafür, die Türkei als „sicheren Herkunftsstaat“

einzustufen. „Ich persönlich wäre dafür“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Laut EU-Statistikbehörde Eurostat wurde 2014 mehr als jeder fünfte türkische Asylbewerber in der EU als Flüchtling und damit als Verfolgter anerkannt.

Zuvor hatten die EU-Innenminister bei einem Treffen beschlossen, abgelehnte Asylbewerber und sogenannte Wirtschaftsmigranten künftig schneller abzuschicken. Dies ist nach Ansicht der EU-Innenminister notwendig, um ausreichend Platz für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien zu haben. „Höhere Rückkehrquoten sollten zur Abschreckung für die irreguläre Migration dienen“, heißt es im Beschluss der Minister. Bislang liegt die tatsächliche Rückkehrquote bei 40 Prozent.

Um diese Zahl zu erhöhen, soll die EU-Grenzschutzagentur Frontex bei Abschiebungen helfen und schutzberechtigte Asylbewerber bald nach der Ankunft identifizieren. Dafür wird das Personal in den derzeit entstehenden Aufnahmезentren (Hotspots) in Italien und Griechenland verzehnfacht von 60 auf 670 Personen. Das sagte der für Migration zuständige luxemburgische Außenminister Jean Asselborn.

Von der Leyen für unbefristeten Afghanistan-Einsatz

Brüssel (dpa) – Nach der Taliban-Offensive in Kundus steuert die Nato auf eine Verlängerung ihres Militäreinsatzes in Afghanistan zu. US-Verteidigungsminister Ashton Carter sagte am Donnerstag bei einem Nato-Treffen in Brüssel, die bisherigen Pläne für einen weitgehenden Rückzug bis Ende 2016 müssten den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Mehrere Mitgliedstaaten hätten sich schon dazu bereit erklärt.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) plädierte dafür, gar keinen Abzugstermin mehr festzulegen und das Engagement unbefristet fortzusetzen. Der Rückzug dürfe keinem „starken Kalender“ folgen, sondern müsse von der Lage vor Ort abhängig gemacht werden. Die Entscheidung fällt voraussichtlich im Dezember bei einem Nato-Außenministertreffen.

Die Nato hatte ihre Kampfmission in Afghanistan vor neun Monaten offiziell beendet. Heute ist das Bündnis noch mit 13.000 Soldaten – darunter mehr als 800 Deutsche – vor allem zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Streitkräfte im Land. Der Einsatz ist bisher bis Ende 2016 angelegt.

Deutsch-französischer Schulterschluss in der Flüchtlingskrise

Straßburg (dpa) – Es ist der ganz große historische Bogen, den Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande im EU-Parlament schlagen. Als das letzte Mal zwei ihrer Vorgänger gemeinsam vor den europäischen Volksvertretern sprachen, war gerade die Berliner Mauer gefallen. Helmut Kohl und François Mitterrand hätten im November 1989 „die sich abzeichnenden Umbrüche in Deutschland und in Europa“ gespürt, erinnert Merkel. „Die Überwindung des Gegensatzes von Ost und West hat sich als eine gigantische Erfolgsgeschichte erwiesen.“

Die Botschaft ist klar und geschickt inszeniert: Europa kann historische Herausforderungen bewältigen – damals wie heute, wo die Flüchtlingskrise die Gemeinschaft spaltet. Es ist ein symbolträchtiger Besuch des deutsch-französischen Duos im Straßburger Parlament. Angesichts zunehmender Sorgen über die Ankunft Hunderttausender Schutzsuchender in Europa demonstrieren sie Entschlossenheit.

Merkel und Hollande wählen starke Worte: „Gerade jetzt brauchen wir mehr Europa“, meint Merkel. Nur ge-

meinsam könne diese „Bewährungsprobe historischen Ausmaßes“ bewältigt werden.

Die Reaktionen auf den Appell fallen gemischt aus: Selten waren die Stimmung im Plenarsaal so emotional, die Redebeiträge so lebhaft und die Angriffe so scharf. Merkel und Hollande polarisieren – auch in der Griechenlandsdebatte und bei ihren Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union, vor allem aber beim Flüchtlingsthema. Kritisch bis aggressiv sind die Kommentare von EU-Skeptikern und Rechtspopulisten. Sie sind es auch, die während der Reden Störversuche mit Zwischenrufen starten, jedoch zuweilen von der Mehrheit des Hauses niedergedrückt werden. Vor allem der Vorwurf, Deutschland und Frankreich drückten dem Rest der EU ihren Willen auf, kommt immer wieder.

Der ewige Spötter und britische Rechtspopulist Nigel Farage spart nicht mit Respektlosigkeit. Er nennt den französischen Präsidenten eine „Piepsmaus“ im von Deutschland dominierten Europa und frohlockt, der von ihm gewünschte EU-Austritt Großbritanniens werde damit wahrscheinlicher.

Der Blick der Nato richtet sich nach Süden

Brüssel (dpa) – Muss die Nato auch im Süden massiv aufrüsten? Nach dem wiederholten Eindringen russischer Kampfflugzeuge in den türkischen Luftraum könnten die Bündnispartner vor einem neuen Kriseneinsatz stehen. Die Regierung in Ankara fordert angesichts der Spannungen in der Region eine starke Präsenz der Verbündeten.

Russlands Eingreifen in den Syrien-Konflikt hat die Tagesordnung der größten Verteidigungsbündnisse der Welt innerhalb weniger Tage vollkommen durcheinandergewirbelt. Wie sehr dies der Fall ist, zeigte sich am Donnerstag beim lange geplanten Treffen der Verteidigungsminister der Bündnisstaaten in Brüssel. Vorbereitete Themen wie die Aufrüstungsinitiative im Osten rückten in den Hintergrund. Stattdessen ging es vor allem um Russlands militärische Unterstützung für Syriens Machthaber Baschar al-Assad. In diesem Zusammenhang hatten russische Kampfflugzeuge auch mehrfach den Luftraum von Syriens Nachbarland und Nato-Mitglied Türkei verletzt.

Gauck in den USA: „Wo Freiheit ist, da ist meine Heimat“

Washington (dpa) – Dass dieser Tag für Joachim Gauck keine Routine ist, sondern eine hochemotionale Angelegenheit, vielleicht die wichtigste Auslandsreise seiner Amtszeit, das ist nicht zu übersehen. Fast eine Stunde sprach der Bundespräsident am Mittwoch im Weißen Haus mit US-Präsident Barack Obama, und es ging um nichts weniger als die komplizierte Weltlage. Syrien, die Flüchtlinge, der Iran und Deutschlands Rolle in der Welt so ein Gespräch mit dem mächtigsten Mann der Welt hätte er sich vermutlich nicht vorstellen können, als er damals auf der Münchner Sicherheitskonferenz mehr internationale Verantwortung für Deutschland gefordert hatte. Dass es so dick kommen würde, war damals nicht abzusehen. Jetzt spricht Gauck sogar von einer „großen Gefahr auch für die politische Stabilität Deutschlands“.

„So etwas wie die Erfüllung eines Lebensstraums“ hatte er zuvor den Besuch im Weißen Haus genannt. Lange sah es so aus, als ob er – auch wegen des aufziehenden Wahlkampfs in den USA nicht zustande kommen könnte.

Natürlich erinnert sich Gauck an seinen ersten Besuch in den USA Anfang der 90er Jahre. Damals war auch er, der Ex-Pastor aus dem Osten, skeptischer gegenüber den USA als er es später war. Aber beeindruckend fand er Bürgersinn und ziviles Engagement, das Hochhalten der individuellen Freiheiten gegenüber staatlichen Machtansprüchen.

Und er entdeckt hier in den USA Wurzeln seiner Überzeugung, die ihn zu dem gemacht haben, was er ist: Dreizehn Familien aus Krefeld landeten 1683 im Hafen von Philadelphia und gründeten Germantown. 332 Jahre später besucht Gauck dort die German Society – ein braver Verein der Deutschstämmigen, der sich gegen das Verschwinden der deutschen Kultur stemmt. Gauck erinnert daran, dass gerade hier in Germantown Amerikas erstes Traktat gegen die Sklaverei verfasst wurde. Und er erinnert an Carl Schurz und die „Achtundvierziger“ der gescheiterten Revolution von 1848 in Deutschland, die in Amerika ihr Glück und ihre politische Bestimmung suchten. Damals riefen sie: „Ubi libertas, ibi patria – wo Freiheit ist, da ist meine Heimat.“

Rund um die Welt

Paukenschlag im Machtkampf der politisch zerklüfteten Republikaner-Fraktion im US-Präsidentenhaus: Der Favorit auf die Nachfolge von John Boehner als Präsident der Kongresskammer, Boehners Stellvertreter Kevin McCarthy, hat seine Kandidatur zu Beginn einer parteiinternen Vorwahl am Donnerstag völlig überraschend zurückgezogen. „Ich glaube, wir brauchen ein frisches Gesicht“, begründete McCarthy seine Entscheidung. Teilnehmer der Sitzung hinter verschlossenen Türen berichteten von beinahe chaotischen Zuständen. McCarthy Stellungnahme sei kaum zu ver-

stehen gewesen, die Nachricht sei von einem Teilnehmer zum anderen per Zufur weitergetragen worden. Die Wahl eines neuen Kandidaten der Republikaner für das Amt des Präsidenten des Repräsentantenhauses wurde verschoben.

Der aus dem Niger stammende Diplomat Maman Sambo Sidikou übernimmt den Posten des UN-Sonderversmitlers im Kongo vom bisherigen deutschen Amtsträger Martin Kobler. Das bestätigte ein Sprecher der Vereinten Nationen am Donnerstag in New York. Sidikou ist bisher Sonderversreter der Afrikanischen Union in Somalia. Der erfahrene Diplomat war unter anderem Ende der 1990er Jahre Außen-

minister des Nigers. Die UN-Mission im zentralafrikanischen Kongo besteht aus knapp 20.000 Militärförtern und etwa 4.000 Zivilisten.

Roms umstrittener Bürgermeister Ignazio Marino ist nach einem Skandal um veruntreute Steuergelder zurückgetreten. Er handle im Interesse der Stadt, hieß es in einer Erklärung Marinos, aus der die Nachrichtagentur Ansa am Donnerstagabend zitierte. Ihm bleiben nun 20 Tage Zeit, seine Entscheidung noch einmal zu widerrufen. Auch einige seiner engsten Mitarbeiter waren bereits am Nachmittag zurückgetreten.



Bundespräsident Joachim Gauck (r) übergibt US-Außenminister John Kerry in Washington ein Stück bemalter Berliner Mauer für den Neubau des Diplomacy Center des Außenministeriums.

Foto: Guido Bergmann/Bundesregierung/dpa



Kunststoffrohre, durch die Strom-Erdkabel gezogen werden, sind auf der Amprion Baustelle in Raesfeld Nordrhein-Westfalen verlegt worden (Archivbild).

Teure Erdkabel sollen deutschen Stromnetzausbau vorantreiben

Berlin (dpa) – Die deutsche Regierung will mit Erdkabeln den stockenden Ausbau der Stromnetze vorantreiben. Damit sollen Bürgerproteste gegen die ursprünglich meist als Freileitungen mit Masten geplanten Stromautobahnen von Nord nach Süd verringert werden. Nach der Kabinettsentscheidung sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Mittwoch in Berlin: „Jetzt ist der Weg frei für den dringend notwendigen Ausbau der Stromnetze. Und den brauchen wir, um die Energiegewinnung zum Erfolg zu führen.“

Das hat seinen Preis: Die Regierung geht davon aus, dass die streckenweise Erdverkabelung (bis zu 80 Prozent) der beiden Gleich-

strom-Trassen „Suedlink“ und „Südost“ von Nord- nach Süd-deutschland die Kosten um drei bis acht Milliarden Euro in die Höhe treibt. Das müssen private Stromkunden und die Industrie über höhere Netzentgelte bezahlen, was pro Haushalt vermutlich drei bis neun Euro mehr im Jahr bedeutet.

Die Regierung kommt mit der Entscheidung dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer entgegen. Der Chef der Christsozialen hatte monatelang gegen die großen Trassen gekämpft, weil der Widerstand in Bayern gegen vermeintliche „Monstertrassen“ mit bis zu 75 Meter hohen Masten groß ist.

Merkel trifft Basis: CDU-Mitglieder in Sorge über Flüchtlingszustrom

Wuppertal (dpa) – In der Asylpolitik zeigt Kanzlerin Angela Merkel klare Kante. Dafür erntet sie auch unter Spitzenpolitikern der Union keineswegs nur Beifall. Doch wie steht die CDU-Basis zum Kurs ihrer Parteichefin? Das will Merkel auf einer Tour durch Deutschland herausfinden. Feuertaufe ist am Donnerstagabend in Wuppertal.

Eigentlich sollte es in der ersten von bundesweit vier „Zukunftskonferenzen“ um die gesamte Palette der geplanten Parteireformen gehen. Doch Merkel macht von Anfang an klar, dass sie sich nicht hinter Diskussionen über Familienpolitik oder Digitalisierung verstecken will. Sie fordert die rund 1000 CDU-Mitglieder auf, mit ihr über die umstrittene Asylpolitik zu reden. „Ich denke, es ist gut und richtig, dass ich darüber Bericht erstatte, was mich bewegt und wie ich mir die Dinge vorstelle.“

Und die so Ermutigten nehmen die Chance wahr und lassen ihre Sorgen und Ängste ungefiltert raus. Es gebe bereits „Banden von Asylanten“, die das Asylrecht kriminell missbrauchten, klagt ein CDU-Mitglied. „Das bringt die Bevölkerung auf die Palme. Sowsas darf man hier nicht dulden.“ Ein Anderer warnt: „Ich will nicht Schulen erleben, wo Eltern Angst haben müssen, wenn ihre Kinder Schweinefleisch zum Frühstück mitbringen. Wir müssen



Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht in Wuppertal auf der Zukunftskonferenz der CDU.

unsere Identität behalten.“ Immerhin stellt er fest: „Es ist sicher nicht jeder Muslim ein Terrorist.“

Auch eine CDU-Ratsfrau aus Dortmund sorgt sich, wie deutsche Werte angesichts wachsender muslimischer Bevölkerungsanteile erhalten werden können. Merkel notiert alles ruhig und geht auf jeden ein – hält solche Sorgen aber für unbegründet. „Vier Millionen Menschen sind Muslime, 76 Millionen sind keine Muslime – da müsste es eigentlich gehen, dass wir unsere Kultur zum Ausdruck bringen“, gibt

sie zurück. Für Verstöße gegen deutsche Grundwerte gelte aber: „Null Toleranz.“

Eine junge Frau, die in einer Wohn-gemeinschaft in Gladbeck syrische und irakische Flüchtlinge betreut, beklagt Überbürokratisierung. Einige ihrer Schützlinge seien an sechs verschiedenen Stellen registriert worden. „Sie wissen nicht, wer für die zuständig ist“, klagt sie. „Ich fühle mich als Ehrenamtlerin total alleingelassen.“ Das versteht die Kanzlerin. „Manches ist chaotisch. Das ist leider so. Das müssen wir ordnen“, räumt sie ein. Ein Anderer will wissen, ob ein „zunehmend despotisch regierender“ türkischer Präsident der richtige Partner zur Lösung der Flüchtlingskrise sei. „Frieden in Syrien werden wir nicht kriegen, wenn wir an alle die Ansprüche stellen, die wir an Politiker in Deutschland stellen“, stellt Merkel fest.

Alle Parteifreunde, die sich um den sozialen Frieden sorgen und Überforderung befürchten, mahnt Merkel: „Das C in unserem Namen ist nicht nur für Sonntagsreden und nicht nur für die gedacht, die in Deutschland und Europa leben.“

Parteimitglied Michael Müller aus Wuppertal konstatiert der Kanzlerin: „Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen.“ Die CDU müsse aber mehr tun, um besorgte Menschen auf der Straße auf ihrem Kurs mitzunehmen.

Merkel bei Anne Will: Es gibt keinen Aufnahmestopp

Berlin (dpa) – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will trotz wachsender Kritik an ihrem offenen Kurs in der Flüchtlingspolitik festhalten. Merkel verbreitete am Mittwochabend in der ARD-Talkshow „Anne Will“ erneut Zuversicht: „Wir schaffen das, da bin ich ganz fest davon überzeugt.“ Die Deutschen hätten die besten Voraussetzungen, diese Krise zu bewältigen. „Man kann mit Willen sehr, sehr viel schaffen.“ Sie habe den „Optimismus und auch die innere Gewissheit“, dass diese Aufgabe lösbar sei. „So gehe ich da ran.“

Auch in den eigenen Reihen und vor allem von CSU-Chef Horst Seehofer für ihr Kurs beim Flüchtlingsthema scharf kritisiert worden. Merkel nutzte ihren ersten Auftritt

in einer TV-Talkshow seit langem dazu, bei den Bürgern um Verständnis zu werben. Die CDU-Chefin sagte, sie werde nichts versprechen, was sie nicht halten könne. Es gebe keine einfachen Lösungen und es sei nun mal nicht möglich, „die Grenze zu schließen.“ „Es gibt den Aufnahmestopp nicht.“

Dem angeschlagenen Innenminister Thomas de Maizière (beide CDU) gab sie Rückendeckung. Auf die Frage, ob sie ihn entlassen werde, sagte Merkel: „Natürlich nicht. Ich brauche ihn dringender denn je.“ Die Regierungschefin beteuerte, es sei keine Entmachtung des Ministers, dass das Bundeskanzleramt künftig die Flüchtlingspolitik koordiniert. Die Opposition sieht darin dagegen eine Ohrfeige für de Maizière.

Merkel betonte, es müsse alles versucht werden, damit die Aufnahme der Asylbewerber geordneter und gesteuert vorstatten gehe. Zudem wolle sie dafür sorgen, dass die Verteilung der Flüchtlinge in Europa gerechter werde. Deutschland solle den Flüchtlingen weiter sein freundliches Gesicht zeigen: „Deutschland ist ein Land, das die Flüchtlinge freundlich empfängt.“ Sie wolle sich nicht an einem Wettbewerb beteiligen, wer am unfreundlichsten zu Asylbewerbern ist, damit diese wegblieben.

Auf Spekulationen darüber, dass sie am Freitag den Friedensnobelpreis bekommen könnte, reagierte sie eher genervt. „Die Diskussion bedrückt mich fast.“ Sie sei derzeit mit ganz anderen Dingen beschäftigt.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sitzt TV-Moderatorin Anne Will gegenüber vor Beginn des TV-Interviews im Studio in Adlershof in Berlin.

Merkel gilt wegen ihrer Politik der offenen Arme gegenüber den Flüchtlingen und ihrem Engagement für eine Lösung des Ukraine-Konflikts als Kandidatin für den Friedensnobelpreis.

Merkel erteilte der Türkei ungeachtet der Bedeutung des Landes

bei der Lösung der Flüchtlingskrise erneut eine Absage für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union erteilt. „Ich war ja immer gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei (...) und das bin ich auch weiterhin.“ Das wisse auch der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan.

Millionen Rentner können auf kräftige Erhöhung hoffen

Berlin (dpa) – Auf die gut 20 Millionen Rentner in Deutschland kommt im nächsten Jahr voraussichtlich die kräftigste Rentenerhöhung seit zwei Jahrzehnten zu. Vor allem die gute Wirtschaftslage beschert den Ruheständlern nach bisherigen offiziellen Schätzungen eine Anhebung von vier bis fünf Prozent.

Auch ein statistischer Sonder-effekt macht sich dabei bemerkbar. Eine genaue Schätzung folgt Ende des Monats. Nach einer vorläufigen Prognose vom Juli könne es ein Plus der Altersbezüge um 4,35 Prozent im Westen und um 5,03 Prozent im Osten geben, berichtete die „Frankfurter Rundschau“. Ein West-Ruheständler mit einer Brutto-Standardrente von 1314 Euro nach 45 Beitragsjahren käme somit auf einen Zuschlag von rund 57 Euro im Monat. Derart kräftige Anhebungen hatte es zuletzt 1993 gegeben.

Bei den Zahlen handele es sich lediglich um Schätzungen, sagte



Modellfiguren eines Seniorenpaares sitzen in Schwerin auf Euro-Geldmünzen.

ein Sprecher des Bundessozialministeriums. Experten der Deutschen Rentenversicherung, des

Ministeriums und des Bundesversicherungsamts kommen in diesem Monat für eine aktuelle, offizielle

Schätzung zusammen. Genau feststehen wird die zur Jahresmitte 2016 anstehende Rentenanpassung wie üblich erst im Frühjahr.

Bereits der Rentenversicherungsbericht 2014 war von einer Anpassung von 4,5 Prozent in Westdeutschland 2016 ausgegangen. Im Juni hatte der Vertreter der Arbeitgeber im Vorstand der Rentenversicherung, Alexander Gunkel, ein Plus um 4 Prozent als möglich bezeichnet.

Klar sei, dass die gute Wirtschaftslage und der hohe Stand der Beschäftigung sich positiv für Rentner auswirke, so der Ministeriumssprecher. „Wenn mehr Menschen in Arbeit kommen und die Löhne steigen, dann haben daran auch die Rentner ihren Anteil.“ Ein Sprecher der Deutschen Rentenversicherung Bund sagte: „Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir noch mehrere Unbekannte.“ Dazu zähle die Entwicklung der Löhne.

Verdächtiger nach Brandanschlag gefasst

Tröglitz (dpa) – Sechs Monate nach dem Brandanschlag auf eine bezugsfertige Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz hat die Polizei einen Verdächtigen gefasst. Die Staatsanwaltschaft Halle habe Haftbefehl gegen den Mann beantragt, sagte Oberstaatsanwältin Heike Geyer am Donnerstag. Die Behördensprecherin bestätigte Informationen des Senders MDR Info. Weitere Details wollte die Staatsanwaltschaft aus ermittlungstaktischen Gründen zunächst nicht nennen.

Das für 40 Asylbewerber als Unterkunft vorgesehene Mehrfamilienhaus war Anfang April in dem Ort im Burgenlandkreis angezündet worden. Es ist seitdem unbewohnbar. Der Anschlag hatte deutschlandweit für Aufsehen gesorgt. Zuvor hatte es in Tröglitz Proteste von Rechtsextremen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen gegeben.

Schweizer Flowtex-Prozess: Schmiders Ex sagt 174 Mal „keine Aussage“

Ein Richter, der viele unangenehme Fragen hat. Angeklagte, die nichts sagen wollen. Der Schweizer Flowtex-Prozess wird eine zähe und langwierige Sache. Urteile gibt es kaum vor Dezember.

Frauenfeld (dpa) – Im Schweizer Prozess um die Veruntreuung von Millionen aus der Insolvenzmasse des Betrugsunternehmens Flowtex hat die Ex-Frau des Firmengründers Manfred Schmider am Dienstag nahezu sämtliche Angaben verweigert. Vor dem Bezirksgericht in Frauenfeld (Kanton Thurgau) bestätigte Frau H. lediglich, dass sie ihren Hauptwohnsitz in Küsnacht an der sogenannten Goldküste des Zürichsees hat.

Auf 174 detaillierte Fragen des Gerichtspräsidenten Rudolf Fuchs zu den Vorwürfen der Anklage sagte sie jeweils „keine Aussage“ oder „keine Antwort“. Zuvor hatte auch Manfred Schmider, der für den Milliardenbetrug mit der Bohrgerätefirma Flowtex in Deutschland sieben Jahre im Gefängnis saß und nun in der Schweiz wegen Geldwäsche angeklagt ist, wissen lassen, er mache von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch.

Für Schmider fordert die Staatsanwaltschaft im Kanton Thurgau dreieinhalb Jahre Haft, vor allem wegen Geldwäsche. Er soll aktiv geholfen haben, in der Schweiz Millionenwerte zu verstecken und zu Bargeld zu machen, die aus den

Betrugsgeschäften mit der in Ettlingen bei Karlsruhe ansässigen Firma Flowtex stammten. Schmider, der seinerzeit als „Big Mani“ Furore machte und sich guter Beziehungen zur Politik erfreute, drohen dafür weitere dreieinhalb Jahre Haft.

Für seine Ex-Frau fordern die Ankläger sogar fünf Jahre und fünf Monate, da sie in der Schweiz aktiv die Veruntreuung der gewaschenen Millionenwerte betrieben haben und sie so der Insolvenzmasse von Flowtex entzogen haben soll – darunter die Erlöse aus dem Verkauf einer Villa in St. Moritz, einer Yacht, eines 51-Karat-Diamant und diverser weiterer Edelsteine. Zudem soll sie versucht haben, vier Chagall-Gemälde vor den Gläubiger-Vertretern zu verheimlichen.

Gerichtspräsident Fuchs wollte von der Angeklagten unter anderem wissen, warum sie seinerzeit bei einer Privatbank in St. Gallen ein anonymes Nummernkonto eingerichtet und zu welchem Zweck über dieses Konto Millionensummen transferiert wurden. Er fragte, warum sie hohe Summen nach Spanien überwiesen habe – „Big Mani“ lebt seit seiner Haftentlassung in Deutschland 2007 auf Mallorca.



Bilder v.l.: Manfred Schmider kommt beim Bezirksgericht in Frauenfeld an. Das FlowTex-Logo auf der ehemaligen Firmenzentrale in Ettlingen (Baden-Württemberg).



Ebenso begehrte der Richter Auskunft, ob sie als Schmiders Ehefrau von dessen Betrugsgeschäften Kenntnis und damit also gewusst hatte, dass die von Schmider in die Schweiz geschafften Werte aus einem Verbrechen stammten, wie ihr die Staatsanwaltschaft vorwirft. Wieder und wieder kam die Antwort „keine Aussage“. Einmal schien dabei ihre Stimme zu zittern – als der Richter die 69-Jährige fragte, wie es ihr gesundheitlich gehen

würde. Sie stockte und schien zu weinen. Der Richter ließ ihr ein Taschentuch reichen.

Zuvor hatte der Richter einen Antrag der Verteidigung zurückgewiesen, die Anklage der Geldwäsche wegen Verjährung nicht zuzulassen. Es handle sich hier nicht um den Vorwurf der einfachen, sondern der qualifizierten Geldwäsche, die noch nicht verjährt sei.

Angeklagt wegen Geldwäsche sowie Urkundenfälschung sind in

Frauenfeld auch der Sohn (29) und die Tochter (27) des einstiger Ehepaars Schmider. Für sie will die Staatsanwaltschaft im Laufe des Verfahrens eine konkrete Strafverurteilung nennen. Vor Gericht steht auch ein Schweizer Rechtsanwalt, der nach dem Willen der Staatsanwaltschaft fünf Jahre ins Gefängnis soll, weil er Schmider und seiner Ex-Frau bei der Geldwäsche geholfen haben soll. Der Anwalt wies derweil alle Vorwürfe zurück.

„FT“: Credit Suisse bereitet milliardenschwere Kapitalerhöhung vor

Zürich (dpa) – Die schweizerische Großbank Crédit Suisse steht einem Medienbericht zufolge vor einer umfangreichen Kapitalerhöhung. Mit dem frischen Geld wolle der neue Vorstandschef Tidjane Thiam Verluste durch den geplanten Umbau des Konzerns abfedern und das Haus auf eine weitere Verschärfung der Kapitalregeln vorbereiten, berichtete die „Financial Times“ (FT) am Donnerstag auf ihrer Internetseite unter Berufung auf mehrere mit den Plänen vertraute Personen. Die Bank wollte sich zu den Neugkeiten nicht äußern. Ein genaues Volumen der Kapitalerhöhung wurde in dem Bericht nicht genannt.



Vorstandschef Tidjane Thiam

Nestlé will Speiseeis-Geschäft mit Konkurrenz verschmelzen

Vevey (dpa) – Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé will große Teile seines Eiscrème-Geschäfts mit dem britischen Wettbewerber R&R Ice Cream zusammenlegen. Die Gespräche seien weit fortgeschritten, teilte Nestlé mit.

Geplant ist die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens, an dem beide Partner zu gleichen Teilen beteiligt sind. R&R bringt sich als Ganzes ein, Nestlé wiederum

sein Speiseeis-Geschäft in Europa, Ägypten, Brasilien, Argentinien und den Philippinen. Das europäische Geschäft mit Tiefkühl-Mahlzeiten mit Ausnahme von Pizza soll ebenso dazukommen. Die Firma wird rund 10.000 Mitarbeiter haben und in über 20 Ländern aktiv sein. Starten soll die Gesellschaft im kommenden Jahr. Finanzielle Details wurden nicht mitgeteilt.

„Nacht-Korrespondenten“ contra Nachtschwärmer am Genfer See

Lausanne (dpa) – Die Schweiz und das Nachtleben – ein Widerspruch in sich? Nicht in Lausanne. Die 130.000-Einwohner-Stadt am Ufer des Genfer Sees will ihr Nachtleben an Wochenenden mit speziellen Vermittlern unter Kontrolle halten. Die „Correspondants de nuit“ (Nacht-Korrespondenten) genannten Einsatzkräfte sollen das Gespräch mit den Nachtschwärmern suchen, die am Wochenende

zu Tausenden in die Stadt strömen. Seit 2012 wurde schon die Polizeipräsenz verstärkt und die Öffnungszeiten der Clubs auf 6 Uhr verlängert, damit die Partygänger nicht alle zur selben Zeit auf der Straße stehen. Zudem verschärfte der Kanton Waadt das Gesetz für den Verkauf von Alkohol. Nach 20 Uhr ist der Verkauf von Spirituosen und Bier verboten. Nur Wein ist dann noch erhältlich.

Mit 29 Flaschen Whisky an der Schweizer Grenze

Lörrach (dpa) – Mit einem Koffer voller Whisky hat ein Dieb im Südwesten Deutschlands versucht, die Grenze zur Schweiz zu passieren. Der Mann war zu Fuß unterwegs, als ihn die Schweizer Grenzschutz kontrollierte. In seinem Gepäck fanden die Ermittler 29 Whiskyflaschen. Da die Etiketten weggekratzt waren, wurde die deutsche Polizei eingeschaltet. Sie nahm den 27-Jährigen fest. Er werde des gewerbsmäßigen Diebstahls verdächtigt, teilte die Polizei mit. Im Auto des Mannes, das nahe der Grenze geparkt war, fanden sich den Angaben zufolge sechs weitere Whiskyflaschen.

Schweizer Rundfunk will 250 Stellen abbauen – Journalisten besorgt

Bern (dpa) – Der Schweizer Rundfunk plant die Streichung von 250 Stellen. Die Gründe des Sparprogramms seien ein Steuerurteil des Bundesgerichts und der höhere Anteil von Lokal- und Regionalsendern an den Gebühreneinnahmen, teilte die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) mit. Laut Bundesgericht brauchen die Gebührenzahler keine Mehrwertsteuer mehr zu zahlen. Somit hat künftig die SRG die Mehrwertsteuer aus eigenen Mitteln zu begleichen. Das kostet sie jährlich 35 Millio-

nen Franken. Der Arbeitsplatzabbau entspricht etwa fünf Prozent der Vollzeitstellen.

„Dieses Sparprogramm ist unerlässlich“, sagte SRG-Generaldirektor Roger De Weck am Dienstag gegenüber SRF. „Wir wollen versuchen, noch effizienter zu arbeiten, wo es möglich ist.“ Es werde aber auch Abstriche am Programm geben. In einer ersten Stellungnahme zeigte sich der Journalistenverband Impressum besorgt. Der Verband forderte, die redaktionelle Qualität und Vielfalt nicht infrage zu stellen.

Deichmann baut Geschäft mit Sportartikeln mit Übernahme aus

Dietikon (dpa) – Europas größter Schuhhändler Deichmann baut sein Geschäft mit Sportartikeln aus. Über die Schweizer Deichmann-Tochter Ochsner-Sport wolle das Unternehmen den bayerischen Sportfachhändler Sport Sperrk (Ottobrunn) übernehmen, teilte ein Ochsner-Sprecher in Dietikon (Schweiz) mit und bestätigte damit einen Bericht des Branchen dienstes „markt intern“.

Die Deichmann-Beteiligung Ochsner Sport ist nach eigenen Angaben Marktführer im Schweizer Sportfachhandel und betreibt seit 2015 in Deutschland zwei Filialen. Die zum 1. Januar 2016 geplante Übernahme werde über die deutsche Tochter des Schweizer Unternehmens erfolgen, hieß es. Die Kartellbehörden müssten dem Geschäft noch zustimmen. Sport Sperrk betreibt nach eigenen Angaben bundesweit 13 Filialen. Bei dem geplanten Zusammenschluss sollen den Angaben zufolge Synergien genutzt werden.



Litauens Präsidentin zu Staatsbesuch in Bern

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga begrüßt ihre litauische Amtskollegin Dalia Grybauskaitė bei einem Empfang in Bern. Bei dem Treffen wurden unter anderem die bilateralen Beziehungen diskutiert sowie Europapolitik, die Lage in der Ukraine und die Flüchtlingskrise in Europa.

Flüchtlinge: Wien will auf mögliche „Notmaßnahmen“ Bayerns reagieren

Luxemburg (dpa) – Österreich will auf mögliche „Notmaßnahmen“ Bayerns in der Flüchtlingskrise reagieren. „Wenn Bayern beginnt, hier die Flüchtlingsströme zu verlangsamen, hier mehr zu kontrollieren, dann wird auch Österreich dazu übergehen müssen, hier den Flüchtlingsstrom zu verlangsamen und hier auch intensiver und umfassender zu kontrollieren“, sagte die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner am Donnerstag bei einem Treffen in Luxemburg. Dort wollten die EU-Innen- und Außenminister unter anderem mit ihren Kollegen vom Westbalkan über die Flüchtlingskrise beraten.

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen will Bayern erreichen, dass Flüchtlinge schon an der deutsch-österreichischen Grenze abgewiesen werden. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hatte zuletzt immer wieder mit „Notmaßnahmen“ oder „Notwehr“ gedroht. Bayern stört vor allem, dass Österreich Flüchtlinge ungehindert nach Bayern weiterreisen lässt. Tag für Tag kommen deshalb immer noch mehrere tausend Flüchtlinge über die Grenze.

Österreichs Außenminister Sebastian Kurz sagte dazu: „Wir haben die Situation, dass die Überforderung von Staaten dazu ge-

führt hat, dass jeder weitergewunken hat und das ist gleich schlecht, ganz egal, wer es tut. (...) Und solange wir nicht die EU-Außengrenzen in den Griff bekommen, wird dieser Zustand weiter anhalten.“ Allerdings sei Österreich ebenso wie Deutschland eines der Länder mit der höchsten Zahl an Flüchtlingen pro Kopf.

Der wegen der Flüchtlingskrise wochenlang unterbrochene regionale Zugverkehr zwischen der österreichischen Stadt Salzburg und dem süddeutschen Bundesland Bayern lief vergangene Woche langsam wieder an. Vertreter der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und der deutschen Privatbahn Meridian einigten sich nach Gesprächen mit der deutschen Bundespolizei auf eine Wiederaufnahme des Bahnverkehrs über die Grenze.

Als erster Schritt seien Meridian-Züge von Bayern bis nach Salzburg genehmigt worden, teilte Meridian mit. Richtung Bayern führen die Züge am Mittwoch noch ohne Fahrgäste. Seit Donnerstag verkehren auch wieder Züge der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) eingeschränkt. ÖBB-Sprecher Rene Zumtobel sagte am Mittwoch der Nachrichtenagentur APA, dass noch einige Details wie die Kontrolle des Zustiegs in Salzburg zu klären seien.

Nach dem Tod von 71 Flüchtlingen in LKW – Fahrer wird ausgeliefert

Sofia (dpa) – Bulgarien wird den Fahrer des Lastwagens, in dessen Laderaum 71 Flüchtlinge erstickt waren, an Österreich ausliefern. Der Mann soll binnen zehn Tagen den österreichischen Behörden überstellt werden, sagte die Vize-Berücksichtigungswalderin von Montana, Lilija Iliewa, der Deutschen Presse-Agentur. Eine Berufungsfrist sei verstrichen, wobei der Bulgare keinen Einspruch gegen die vorangegangene Gerichtsentscheidung über seine Auslieferung erhoben habe. Ende August waren in einem in Österreich abgestellten Lastwagen die Leichen von 71 Flüchtlingen entdeckt worden.

Schrems versus Facebook: Stiller Kämpfer aus Österreich

Wien (dpa) – Vergleiche nach dem Muster „David gegen Goliath“ lehnt Max Schrems ab. Zu viel Drama, Personalisierung und Rampenlicht, findet er. Der junge Österreicher gibt sich eher als stiller Kämpfer, der sich nicht beirren lässt. Mit Erfolg: Der Datenschutzaktivist am Europäischen Gerichtshof hat ein maßgebliches Urteil erwirkt. Das bisherige „Safe-Harbor“-Datenabkommen mit den USA wurde gekippt – mit weitreichenden Folgen für Internet-Riesen wie Facebook, Google und Co und auch tausende kleinere Unternehmen.

Ausgelöst wurde das Verfahren durch Schrems Streit mit Facebook. Der Österreicher hatte das weltgrößte Online-Netzwerk verklagt, weil seiner Ansicht nach seine Daten in den USA nicht vor staatli-

Flüchtlingskrise: Faymann und Tsipras auf Lesbos

Athen (dpa) – Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann hat die von Flüchtlingen überlaufene griechische Ostägäisinsel Lesbos besucht und Hilfe zugesagt. Zusammen mit dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras besichtigte er am Dienstag die Orte, an denen Migranten registriert werden. Diese sogenannten Hotspots sollen weiter ausgebaut werden und durch zusätzliche Beamte aus anderen Staaten der EU bis November verstärkt werden. Österreich will 100 Beamte nach Griechenland schicken.

„Kein Land kann alleine dieses Problem lösen“, sagte Faymann im griechischen Fernsehen. Tsipras bedankte sich bei Faymann für die Unterstützung. In Griechenland sollen auf fünf Inseln Hotspots entstehen. Neben Lesbos auch auf Chios, Samos, Leros und Kos.

Der Besuch Faymanns symbolisiert laut Tsipras, dass die Europäer dieses Problem gemeinsam lösen müssen. Faymann habe Tsipras versichert, Österreich werde beim Betrieb der Hotspots helfen. Die Regionalgouverneurin Christiana Kalogirou sagte, die Inseln brauchen dringend Hilfe. Die Einwohner „tun was sie können“, doch



Der griechische Regierungschef Tsipras (2.v.l.) und sein österreichischer Kollege Faymann (M) machen sich ein Bild von der Lage der Flüchtlinge auf der Ostägäisinsel Lesbos.

dies reiche nicht. Hilfe aus Europa sei dringend notwendig, hieß es. Anschließend besuchten die beiden Spitzenpolitiker den Hafen der Insel, von wo aus Tausende Migranten täglich zum Festland weiterfahren. Allein vergangenen Dienstag kamen in Piräus mehr als

7000 Migranten aus Lesbos und Chios an. Auf der Insel Lesbos sollen mehr als 4000 Migranten auf ihre Registrierung und ihre Weiterfahrt zum griechischen Festland warten. Faymann und Tsipras besuchten die zwei auf der Insel vorhandenen Lager in Mória und Karatépe.



Max Schrems (l) und sein Anwalt Herwig Hofmann (r) kommen im Europäischen Gerichtshof an.

cher Überwachung geschützt sind. Schon 2011 kämpfte er beharrlich um sein Auskunftsrecht und ließ sich von Facebook alle Daten zusenden lassen, die über ihn gesammelt worden waren. Im August 2014 reichte er dann mit seinen Unter-

stützern eine Sammelklage gegen Facebook ein.

Im Datenschutz fand Schrems ein frühes Lebensthema. Bereits vor etwa zehn Jahren, als Austauschschüler im US-Bundesstaat Florida waren dem damals 17-Jährigen die Kameras in den Klassenzimmer unangenehm aufgefallen. Wenige Jahre später kam er als Jura-Student ins kalifornische Silicon Valley und hörte den Vortrag eines Vertreters von Facebook. Dessen Aussage, das Unternehmen ignoriere europäische Grundrechte, habe ihn dazu ver-

anlasst, sich für diese Rechte einzusetzen, heißt es bei der Theodor-Heuss-Stiftung.

Ihm gehe es um die Sache - und er sei auch kein Facebook-Hasser, sagt Schrems. Aber er habe den Vorteil, als Hobby-Programmierer auch technisch ein wenig hinter die Kulissen des sozialen Netzwerks blicken zu können. Sein Verein „Europe-versus-Facebook“ fand bereits zahlreiche Unterstützer, bislang kamen mehr als 65.000 Euro an Spenden zusammen. Gelder, die nicht gebraucht würden, würden erstattet für. Für seinen Einsatz für „Transparenz, Datenschutz und Privatsphäre“ wurde Schrems mit der Theodor-Heuss-Medaille geehrt. Aktuell sitzt der Jurist an seiner Doktorarbeit. Es geht um Datenschutz.

Fluch der Karibik: „Der Fisch in der Streichholzschachtel“

Berlin (dpa) – Kreuzfahrten sind nicht jedermanns Sache, Fred zumindest ist nicht dafür gemacht. Luxusdampfer sind für ihn „die Endstation der Verbraucherhölle westlicher Lebensträume“. Man lässt sich freiwillig einsperren und verzichtet auf jeden Fluchweg. Nun aber sitzt der Kreuzfahrt-Muffel mit tausend anderen Passagieren auf diesem Riesendampfer in der Falle. Er schippert durch die Karibik und hadert mit sich und der Welt.

Tatsächlich hat Fred einige Probleme im Reisegepäck, von denen seine Frau nichts ahnt. Ein wichtiger Auftrag, von dem sein finanzielles Überleben abhängt, lässt auf sich warten. Zudem machen ihm nach einer heimlichen Sterilisation Leisten-schmerzen zu schaffen. Der Familienvater verweigert weiteren Nachwuchs, denn seine beiden Kinder ein verfressener Junge und ein gruft-artiges Mädchen – sind ihm Last genug. Als Ehemann war Fred bisher „treu bis zur Lächerlichkeit“, doch nun wird er in Versuchung geführt: Ausgerechnet auf dem Schiff trifft er seine Ex-Freundin Amélie.

Bis hierher könnte es sich bei „Der Fisch in der Streichholzschachtel“ um



Das undatierte Handout des Hanser Literaturverlages zeigt den Schriftsteller Martin Amanshauser und das das Cover des Buches „Der Fisch in der Streichholzschachtel“. Foto: Heribert Corn/Hanser/dpa

einen klassischen Urlaubsroman handeln. Die abgesperrte Welt der Kreuzfahrten ist ja geradezu ein Biotop für Neurosen, amouröse Verstrickungen und Konflikte aller Art, ein dankbares Sujet für amüsante Mi-



lieuschilderungen. Die gelingen dem Österreicher Martin Amanshauser (47) in seinem bisher umfangreichsten Roman auch bestens.

Als Reiseschriftsteller („Falsch reisen“) hat er für das besondere

Kreuzfahrt-Ambiente das richtige Händchen. Doch er belässt es nicht dabei. In einer gewagten Fiktion erschafft er zu dem luxuriösen Ferienszenario eine Gegenwelt, indem er ein Piratenschiff des 18. Jahrhunderts auf die Reise schickt. Nach einem Hurrikan treffen die manövrierunfähige „Atlantis“ und die wackelige „Fin del Mundo“ aufeinander, zwischen Touristen und Piraten kommt es zur Begegnung der anderen Art.

Zwei Zeitalter und zwei Welten kollidieren – mit teilweise kuriosen Folgen. Für die Piraten auf ihrem kleinen Schoner ist der riesige Luxusliner eine Art Weltwunder. Er erinnert sie an den sagenhaften Turm von Babel. Die Menschen darauf erscheinen ihnen als eine Spezies, die zwar ungefähr dieselbe Sprache spricht, sich ansonsten aber merkwürdig verhält, wie der Piraten-Chronist Salvino irritiert schreibt: „Dabei waren die meisten von ihnen europäischer Rasse, vorwiegend der deutschen, sah man vom einen oder anderen Mohren ab, der die gleichen Rechte zu genießen schien. Es war, als würde hier keine Privatheit und Öffentlichkeit geben, als würden sie alle

zu der gleichen, unverschämten Bauernfamilie gehören.“ Der Chronist rätselt, ob es sich bei den „Babelianern“ um eine noch unentdeckte Kultur, um Ausgestoßene oder gar um ein übersinnliches Phänomen, eine Fata Morgana handelt.

Die Touristen dagegen glauben zunächst an einen Fastnachtsscherz, denn die Piraten erreichen ihr Schiff ausgerechnet an einem Karnevalsdienstag. Wie im biblischen Babylon reden die Bewohner der verschiedenen Welten in kurioser Weise aneinander vorbei. Es kommt zu absurden Mutmaßungen, Verwechslungen und Irrtümern, bei denen nur der Leser einigermaßen den Durchblick hat. Oder wird auch er getäuscht? Das erschließt sich erst am Ende des Buchs. Doch es steht zu befürchten, dass bis dahin schon viele von Bord gegangen sind. Denn zum einen nimmt der Roman nur langsam Fahrt auf. Erst nach etwa 200 Seiten kommt es zur Begegnung von Touristen und Piraten, und auch danach verliert sich der Autor leider allzu oft in störenden Details und Abschweifungen. Schade, denn der Roman hat durchaus einige brillante Elemente.

Razzia bei VW – Verhör im US-Kongress

Wolfsburg (dpa) – Die Abgas-Affäre bei Volkswagen zieht immer weitere Kreise: Bei einer groß angelegten Razzia hat die Staatsanwaltschaft Braunschweig am Donnerstag in Wolfsburg und anderen Orten Akten und Computer sichergestellt. Es seien sowohl Geschäftsgebäude des Konzerns als auch Privatgebäude sowie Wohnungen von VW-Mitarbeitern durchsucht worden, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Braunschweig. Alle Orte befanden sich im Zuständigkeitsbereich der Behörde. Dieser reicht von Wolfsburg im Norden bis zum Harz im Süden.

Neben drei Staatsanwälten seien rund 50 Einsatzkräfte des Landeskriminalamts im Einsatz gewesen, sagte die Sprecherin. Ziel der Durchsuchungen sei es, Unterlagen und Datenträger sicherzustellen, die mit Blick auf „in Betracht kommende Straftatbestände“ Auskunft über die Vorgehensweise der an der Manipulation der Abgaswerte von Dieselfahrzeugen beteiligten Firmenmitarbeiter und deren Identität geben könnten, teilte die Staatsanwaltschaft weiter mit. Details könnten aus ermittlungstaktischen Gründen derzeit nicht mitgeteilt werden.

„Wir werden die Staatsanwaltschaft bei der Ermittlung des Sachverhaltes und der verantwortlichen



Volkswagens US-Chef Michael Horn kommt zur Anhörung im US-Kongress an.

Personen nach besten Kräften unterstützen“, sagte ein VW-Konzernsprecher der Deutschen Presse-Agentur. Die Ermittlungen dienen schließlich „einer unverzüglichen und vollständigen Aufklärung, an der Volkswagen hohes Interesse hat.“ Im VW-Stammwerk in Wolfsburg sei den Ermittlern eine umfassende Dokumentensammlung übergeben worden. VW selbst hatte am 23. September Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Europas größter Autokonzern

hatte vor drei Wochen eingeräumt, in Dieselfahrzeugen ein Computerprogramm eingebaut zu haben, mit dem die Abgaswerte manipuliert werden können. Von den weltweit rund elf Millionen betroffenen Fahrzeugen sind laut VW etwa acht Millionen in der EU zugelassen, davon 2,8 Millionen in Deutschland. Dem Konzern drohen Strafzahlungen und Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe.

Volkswagens US-Chef Michael Horn hat nach eigener Aussage erst

vor wenigen Wochen von gezielten Manipulationen des Autobauers bei Abgasmessungen in den USA erfahren. „Ich hatte keine Kenntnis davon, dass es einen Defeat Device in unseren Autos gab“, sagte Horn am Donnerstag unter Eid bei einer Anhörung im US-Kongress aus. Erst kurz vor einem Treffen mit Vertretern der US-Umweltbehörde EPA am 3. September sei er über die Installation der „Defeat Device“ genannten Software zum Austricksen der Emissions-tests informiert worden.

Zuvor hatte Horn in einer vorab vorbereiteten Stellungnahme erklärt, bereits im Frühling 2014 von möglichen Verstößen gegen US-Emissionsregeln erfahren zu haben. Ihm sei auch mitgeteilt worden, dass die EPA Strafen verhängen könnte. Horn sagte, er sei danach davon ausgegangen, dass die Ingenieure des Konzerns mit der EPA an einer Lösung arbeiteten. Von der Betrugs-Software, durch die die Abgasreinigung im Normalbetrieb deaktiviert wurde, habe er damals nichts gewusst.

Wie die Deutsche Presse-Agentur aus Konzernkreisen erfuhr, habe Horn damals den inzwischen beurlaubten VW-Entwicklungschef Heinz-Jakob Neuberger über mögliche Verstöße unterrichtet. Die Anwältin Neuberger wollte dazu auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Großes Aufräumen bei Deutscher Bank: Rekordverlust

Frankfurt/Main (dpa) – Das große Aufräumen unter dem neuen Vorstandschef John Cryan bezahlt die Deutsche Bank mit dem höchsten Milliardenverlust ihrer Firmengeschichte. Deutschlands größtes Geldhaus erwartet für das dritte Quartal unter dem Strich 6,2 Milliarden Euro Verlust – das ist noch mehr als zum Höhepunkt der Finanzkrise 2008 als die Lehman-Pleite die Finanzwelt schockte.

Grund für die tiefen Zahlen, mit denen der Frankfurter Dax-Konzern überraschend am späten Mittwochabend an die Öffentlichkeit ging, sind gigantische Abschreibungen vor allem auf den Wert der Tochter Postbank, von

der die Deutsche Bank sich trennen will, und das nicht mehr so lukrative Investmentbanking.

Aktionäre und Mitarbeiter müssen sich nun auf Einbußen gefasst machen: Die Bank kündigte an, die Dividende für das Geschäftsjahr 2015 zu reduzieren oder ganz ausfallen zu lassen. Es wäre das erste Jahr seit den 1950er Jahren ohne Gewinnausschüttung der Bank. Die Mitarbeiter müssen mit geringeren Boni rechnen. Es sei zwar diesbezüglich noch keine Entscheidung gefallen, schrieb Cryan an die Belegschaft. Die Aktionäre erwarteten jedoch „zu Recht, dass die Mitarbeiter einen Teil der Belastung tragen“.

Ökonomen: Verbraucher sichern Deutschland verhaltenen Aufschwung

Wiesbaden (dpa) – Die Konsumlust der Verbraucher lässt den deutschen Konjunkturmotor nach Ansicht der führenden Ökonomen weiter brummen. Deutschland bleibt wirtschaftlich stark und könne auch die historische Flüchtlingskrise ohne neue Schulden stemmen, sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem am Donnerstag vorgestellten Herbstgutachten voraus. Trotz der schwächelnden Weltkonjunktur werde Europas größte Volkswirtschaft 2015 und 2016 um jeweils 1,8 Prozent zulegen. Allerdings werde das Exportwachstum von dieser Durststrecke gebremst.

Zwar sind die deutschen Exporteure weiter auf Rekordkurs – doch im August mussten sie einen unerwartet kräftigen Rückschlag hinnehmen.

Die Ausfuhren sanken gegenüber dem Juli kalender- und saisonbereinigt um 5,2 Prozent und damit so stark wie seit der tiefen Rezession 2009 nicht mehr, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mitteilte. DekaBank-Chefvolkswirt Ulrich Kater sprach von einem „Absturz mit Ansage“: „Insbesondere in den Schwellen-

ländern haben sich in den vergangenen Monaten die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen deutlich verschlechtert.“ Im Jahresvergleich steht aber trotzdem ein ordentliches Plus: Die Ausfuhren stiegen um 5,0 Prozent auf 88 Milliarden Euro. So wertete der Außenhandelsverband BGA die Daten positiv: „Die Sommerpause ist im Außenhandel aufgrund des billigen Euro ausgefallen“, sagte BGA-Präsident Anton F. Börner. Das Wachstum fuße gleichermaßen auf einer Belebung der Nachfrage in und außerhalb der EU.

Die Institute erwarten in ihrem Herbstgutachten zwar nur wenig Impulse von China und anderen Schwellenländern für die Exporteure. Allerdings dürften diese von der Erholung im Euroraum und von steigenden Bestellungen aus anderen Industrieländern profitieren. Insgesamt trauen die Experten der deutschen Exportwirtschaft ein Ausfuhrplus von 6,2 Prozent in diesem und von 4,9 Prozent im kommenden Jahr zu. Schon 2014 hatten die Unternehmen so viele Waren „Made in Germany“ in alle Welt geliefert wie nie zuvor.

WIRTSCHAFT IN KÜRZE

Christine Lagarde hat sich erstmals offen gezeigt für eine zweite Amtszeit an der Spitze des Internationalen Währungsfonds (IWF). „Das könnte mein letztes Jahrestreffen sein, aber ich bin offen dafür, dass es nicht so ist“, sagte Lagarde am Donnerstag in der peruanischen Hauptstadt Lima zum Auftakt der Jahrestagung von IWF und Weltbank. „Ich habe gedient und bin bereit, weiter zu dienen.“

Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 1,5 Millionen Asylsuchende in Deutschland. Bis Ende 2015 schätzen sie die Zahl der ankommenden Flüchtlinge auf 900.000, wie aus dem am Donnerstag veröffentlichten Herbstgutachten der Top-Regierungsberater hervorgeht. Die Bundesregierung geht offiziell von 800.000 aus. Zur Jahreswende dürfte die Zuwanderung dann etwas abebben, weil weitere Länder als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden und das Dubliner Verfahren wieder konsequenter angewandt werden könnte: „Gleichwohl nehmen die Institute an, dass es im Jahr 2016 noch zu 600.000 Zugängen kommt.“ Drei Viertel der anerkannten Asylbewerber seien im erwerbsfähigen Alter. Durch fehlende Deutschkenntnisse, mangelnde Berufserfahrung und die langwierigen Asylverfahren stünden dem Arbeitsmarkt aber 2015 nur 89.000 Flüchtlinge zusätzlich zur Verfügung, im nächsten Jahr dann schon 295.000 Menschen. Die Institute fordern von der Politik aber ein Einwanderungsgesetz: „Die fluchtbedingte Migration ist kein Ersatz für eine vernünftige Zuwanderungspolitik“, heißt es in dem 88-seitigen Herbstgutachten mit dem Titel „Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben“.

Der deutsch-französische Flugzeughersteller Airbus war offenbar an Teilen des angeschlagenen kanadischen Konkurrenten Bombardier interessiert. Die beiden Unternehmen bestätigten, dass es Gespräche gegeben habe. Diese seien jedoch ohne Ergebnis beendet worden. Weitere Details nannten die Konzerne nicht. Zuvor hatte es in einem Bericht geheißen, dass Airbus sich an der Entwicklung der Bombardier-Modellreihe CSeries beteiligen wollte und dafür an dieser eine Kontrollmehrheit erhalten solle. Mit dem neuen Flugzeugtyp will Bombardier das Duopol von Airbus und des US-Konzerns Boeing bei mittelgroßen Passagierfliegern sprengen. Das Projekt ist jedoch in Zeitverzug und kommt dem Konzern auch weitaus teurer als erhofft. Aus diesem Grund sind die Kanadier knapp bei Kasse und suchen nach Auswegen. Schon seit längerem ist deshalb ein Börsengang oder Verkauf der Bahnsparte im Gespräch.

Trotz des Rückzugs aus Russland verkauft der Autobauer Opel mehr Neuwagen als im Vorjahr. In den ersten neun Monaten des Jahres stieg der Absatz um vier Prozent auf rund 850.000 Neuwagen, wie die Opel Gruppe am Donnerstag nach vorläufigen Zahlen in Rüsselsheim berichtete. Der Marktanteil sei leicht auf 5,87 Prozent gestiegen. „Wir sind auch für die kommenden Monate zuversichtlich“, sagte Verkaufschef Peter Christian Küspert.

G20-Paket gegen Steuertricks: Union warnt vor Wettbewerbsverzerrung

Berlin (dpa) – Im Kampf der Top-Wirtschaftsmächte gegen Steuertricks globaler Konzerne hat die Union vor einer Benachteiligung deutscher Unternehmen gewarnt. Die Umsetzung des Aktionsplanes der G20-Staaten und der Industrieländer-Organisation OECD dürfe nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Exportindustrie führen, warnten die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann, und Unions-Experte Mathias Middeberg am Donnerstag in Berlin. Alle beteiligten Staaten müssten die Ergebnisse auch umsetzen.

„Insbesondere die USA müssen im Boot bleiben. Im US-Kongress

gibt es beachtliche Rückhalte“, erklärten die Unionspolitiker. Wenn aber nicht alle Staaten dies umsetzen, „ist die Gefahr weiterer Wettbewerbsverzerrungen größer als kleiner“, so Tillmann. Der Wirtschaftsrat der CDU warnte vor Überregulierung und befürchtet, dass es künftig zu deutlich mehr Streitigkeiten zwischen Unternehmen und nationalen Steuerbehörden kommen werde.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nimmt solche Befürchtungen ernst. „Wir bemühen uns, darauf zu achten“, sagte er vor einem Treffen der Finanzminister der führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) in Lima.

Jugendarbeitslosigkeit gesunken – Südeuropa weiter Problemregion

Genf (dpa) – Nach dem starken Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in der Finanzkrise hat sich die Lage laut UN-Angaben mittlerweile leicht gebessert. Im weltweiten Durchschnitt pegelte sich die Arbeitslosenrate unter den 15- bis 24-Jährigen zwischen 2012 und 2014 bei 13 Prozent ein, teilte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) am Donnerstag in Genf mit. Für 2015 wird mit einem nur

leichten Anstieg auf 13,1 Prozent gerechnet. Ungeachtet dessen wollen der UN-Sonderorganisation zufolge weiterhin Millionen junger Menschen in der Hoffnung auf Jobs in reichere Länder auswandern.

Die absolute Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ging – gemessen am Krisenhöchststand 2009 – bis 2014 um 3,3 Millionen auf 73,3 Millionen zurück.



Berufseinsteiger informieren sich auf einer Aus- und Weiterbildungs-messe an einer Job- und Lehrstellenbörse (Archivbild).

Polizei stoppt Tennis-Star Scharapowa – für ein Foto

Tennis-Star Maria Scharapowa (28) ist in der Düsseldorfer Altstadt von der Polizei angehalten worden. Das bestätigte ein Polizeisprecher. Eine tennisbegeisterte Polizistin hatte ein Foto mit ihrem Idol schießen wollen. „Wenn dich um sieben Uhr morgens die Polizei anhält – nur um nach einem Foto zu fragen“, hatte die ehemalige Weltranglisten-Erste getwittert.

„Zirkus im Weltall“: Astronauten nutzen Raumstation ISS als Manege

Akrobaten im All: Mit Jonglieren und Seiltanz hat sich die Besatzung der Internationalen Raumstation ISS die Freizeit auf dem Außenposten der Menschheit vertrieben. Ein Video der improvisierten Show wurde von der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos veröffentlicht. Darauf ist zu sehen, wie Crewmitglieder kopfüber in der Schwerelosigkeit Kunststücke mit der Achsel und Pampelmusen vollführen sowie Salto schlagen. Der Clip ist unterlegt mit einer Mischung aus Jazz und Zirkusmusik. Auch Lachen und Applaus der Crew ist zu hören.

Junges Wildschwein lebt bei Kühen auf der Weide

Ein vermutlich verwaister Frischling hat sich im Landkreis Göttingen eine neue Familie gesucht. Das kleine Wildschwein, das inzwischen den Namen „Johann“ trägt, lebt bei Rindern auf einer Weide nahe Meensen.

Vor rund zwei Wochen habe sein Sohn den Frischling inmitten einer Herde entdeckt, berichtet Landwirt Jochen Kraft. Die Kühe hätten sich um „Johann“ gekümmert, als sei er ihr eigenes Kalb. Das kleine Wildschwein wurde demnach sauber geleckt und durfte sich ankuseln.

Nachdem Medien über die ungewöhnliche „Willkommenskultur auf der Weide“ für den Gast mit „Migrationshintergrund“ berichtet hatten, habe es einen kleinen Besucherboom gegeben, sagt Landwirt Kraft. Johann sei dieser Rummel vermutlich zu viel geworden. Das Wildschwein habe sich jedenfalls eine neue Paten-Familie auf einer nur wenige Hundert Meter entfernten Weide in Waldnähe gesucht. Dort lebt der Frischling jetzt mit fünf tragenden Rindern zusammen. Johann werde auch von diesen Tieren

Bud Clifton ist Schauspieler, Sänger und Komiker, aber das ist alles nicht so wichtig. Denn bedeutender ist, dass er der Kinowelt etwas anderes gegeben hat: Vögel.

Der Hawaiianer unterhält ein Heim für Vögel auf der Insel Maui und wer da wohnen und Macadamia-Nüsse knabbern will, muss arbeiten. Clifton trainiert Papageien für Kinofilme und Fernsehauftritte und hat es damit zu Aufträgen aus der ganzen Welt gebracht.

„Ich habe nie einen Abschluss in Zoologie gemacht und habe nie Ornithologie studiert“, räumt der Amerikaner ein. „Aber diese Tiere sind mir ans Herz gewachsen und ich arbeite mit vielen seit mehr als 30 Jahren“, erzählt er. Dabei wollte er doch selbst Karriere beim Film machen. „Das hat ja auch geklappt. Nur nicht so, wie ich eigentlich gehofft hatte.“ In Dutzenden Filmen und Fernsehserien hat Clifton mitgespielt, auf Hunderten Bühnen hatte er Auftritte. Aber ein Star wurde er nie, nicht einmal ein vertrautes Gesicht. Der Erfolg kam erst mit dem anderen, dem der Vögel. „Eines Tages wurde ein Papagei als Ausstattung eines Films gesucht und da konnte ich helfen. Und danach wurde ich immer wieder gefragt.“

Heute ist Clifton Hollywoods

Mann für Papageien. Wenn ein Pirat einen der bunten Vögel auf der Schulter herumtragen soll, wenn eine Schauspielerin ein Küsschen von einem Ara bekommen soll, wenn ein Papagei in einer Verwechslungskomödie etwas in einen Telefonhörer krächzen soll, dann klingelt das Telefon an Cliftons Gürtel, der mit einer gewaltigen Wasserflasche in der Hand dann vermutlich gerade durch den Regenwald der Hawaii-Insel Maui stapft. Wann, was soll der Vogel machen, welche Farbe soll er haben – Clifton liefert.

„Es geht gar nicht so sehr darum, dass die Vögel irgendwelche Kunststücke machen“, sagt er. „Es sind sehr intelligente Tiere und man könnte viel von ihnen verlangen. Aber eigentlich geht es nur um Vertrauen.“ Denn auf Cliftons Schulter fühlen sich die Papageien wohl – aber sie sollen ja mit einem Star interagieren. „Dann müssen sie mir so sehr vertrauen, dass sie sich auch von einem Fremden in die Hand nehmen lassen, selbst wenn die Scheinwerfer grell sind und es dampft und knallt.“ Was die Vögel mit sich machen lassen, zeigt er



Der Papageien-Trainer Bud Clifton übt mit seinen Papageien auf Maui (Hawaii, USA).

gern den Besuchern seines Refugiums. Breitwillig setzen sie sich bei den Gästen auf den Kopf und auf ein Zeichen Cliftons breiten sie majestätisch die Flügel aus. Oder tippen hin und her. Oder stellen sich einfach tot und legen sich auf den Rücken. „Ich werde nie den Eindruck los, dass sie genau so gern schauspielern wie ich“, sagt er.

Lady Gaga hat schon einen sei-

ner Vögel auf dem Kopf gehabt. Jerry Garcia von Grateful Dead und Snoop Dogg. „Barack Obama war schon bei mir, da war er noch nicht Präsident“, erzählt der Hawaiianer. Auch Elton John sei begeistert gewesen und habe großzügig für das Vogelrefugium gespendet. Dan Aykroyd habe in „Undercover Cops“ mit seinen Vögeln gespielt und Steve Martin in „L. A. Story“ auch.

Schwitzt man nach einer kalten Dusche im Sommer noch mehr?

Im Sommer ist eine kalte und erfrischende Dusche ziemlich verlockend. Aber: Wer an heißen Tagen kalt duscht, der schwitzt hinterher noch mehr, heißt es oft. Stimmt das eigentlich? Ja, sagt Maja Hofmann von der Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie an der Charité Berlin. „Kalt duschen im Hochsommer ist kontraproduktiv.“ Denn durch das kalte Wasser geht die Körpertemperatur erstmal runter. „Aber wer dann nach

draußen geht, schwitzt mehr als vorher, weil der Körper die Temperatur wieder hochschraubt, um sie der Umgebung anzupassen“, erklärt Hofmann.

Im Hochsommer macht es daher tatsächlich mehr Sinn, nicht unter Körpertemperatur zu duschen und etwas Warmes oder zumindest Lauwarmes zu trinken. Denn dadurch wird der Körper der Außentemperatur näher gebracht, und man schwitzt weniger.

Spielpreis für „Marco Polo“

Der Deutsche Spielpreis 2015 geht an das Spiel „Auf den Spuren von Marco Polo“ von Daniele Tascini und Simone Luciani.

Bei dem anspruchsvollen Strategiespiel gehe es darum, mit geschickter Taktik und guter Planung auf den Spuren des berühmten Reisenden einen Weg zu den Handelsplätzen der Seidenstraße zu finden, erklärten die Veranstalter der inter-

nationalen Spielemesse am Mittwoch in Essen. Gewinner des Deutschen Kinderspielpreises 2015 wurde das Spiel „Spinderella“, bei dem Ameisen gegen Spinnen kämpfen.

Vergeben wird der Publikumspreis jeweils am Vorabend der Essener Spielemesse, zu der in diesem Jahr von Donnerstag bis Sonntag (8. bis 11. Oktober) rund 160.000 Besucher erwartet wurden.



Ein Frischling steht in Meensen im Landkreis Göttingen auf einer Weide zwischen tragenden Rindern.

ren geduldet und gut behandelt, sagt Kraft. Futter finde Johann genug: „Er gräbt nach Engerlingen und frisst Eicheln.“ Im Jahr 2010 hatte im Landkreis Göttingen schon einmal ein kleines Wildschwein namens „Friederike“ für Schlagzeilen gesorgt. Es hatte sich einer Her-

de von Galloway-Rindern angeschlossen. Experten vermuteten damals, dass es seine eigene Rotte verloren und sich deshalb eine neue Herde gesucht hatte. „Friederike“ war nach einigen Monaten auf der Weide an einer Magen-Darm-Entzündung gestorben.

Hindus weihen deutsches Grabfeld mit Blüten, Musik und Feuer ein

Mit einer farbenfrohen Zeremonie haben Hindus ihr erstes Grabfeld in Deutschland eingeweiht. Priester in orange-roten Gewändern segneten das fast 2000 Quadratmeter große Feld. Sie warfen bunte Blüten, entzündeten Räucherstäbchen, spielten auf traditionellen indischen Instrumenten und läuteten kleine Glöckchen. Als Dank für die Unterstützung bezogen die Hindus die westfälische Stadt Hamm in den Segen mit ein und legten Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann (CDU) ein buntes Tuch um.

Deutschlands erstes Hindu-Grabfeld besteht aus acht einzelnen Feldern, angelegt nach dem religiösen Symbol des „Rads des Dharma“. Das Rad steht für hinduistische Ethik, Moral und Gerechtig-

keit. Im Mittelpunkt steht eine steinerne Kugel – ein Symbol für die Welt. In Hamm können Hindus aus jedem Land der Welt begraben werden. Für 2000 Urnen und Erdbestattungen ist Platz. Auf den acht Feldern werden unterschiedliche Grabarten angelegt. Geistliche und Säuglinge werden bei Hindus zum Beispiel nicht verbrannt, sondern in der Erde bestattet – Geistliche sitzend, Säuglinge liegend.

Doch nicht alles entspricht in Hamm den überlieferten Trauer Ritualen. In Indien und Nepal, wo jeweils ein Großteil der Bevölkerung Hindus sind, werden die sterblichen Überreste unter freiem Himmel verbrannt. Auch wird der Schädel zerschmettert, damit die Seele aus dem Körper entweichen kann. Die Asche

wird anschließend in einen heiligen Fluss wie etwa den Ganges gestreut.

In Deutschland sind die Rituale den Gesetzen angepasst. Nach der Kremierung folgt eine Beisetzung in einer Urne. Die Schweiz macht in Luzern eine Ausnahme. Dort darf die Asche in einen Fluss gestreut werden. Ein Hindu-Grabfeld in Norwegen wird nicht genutzt, weil die Urnen im Fjord versenkt werden dürfen, wie Martin Fischer, Professor für Spezielle Zoologie und Evo-

Die Hindu-Priester Arumugan Paskaran (M) und Sivasri Jeyanthinathakumled (I) führen in Hamm eine hinduistische Zeremonie durch, auf dem, nach Angaben der Stadt Hamm, deutschlandweit ersten Grabfeld für Hindus.

lutionsbiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, am Rande der Zeremonie erklärte.

Anno dazumal

Was geschah in der Woche vom 2. Oktober?

12. Oktober 1518: In Augsburg beginnt das am 14. Oktober endende Verhör Martin Luthers durch den päpstlichen Gesandten, Kardinal Thomas Cajetan.

13. Oktober 1945: Die CSU wird in Würzburg gegründet.

14. Oktober 2012: Felix Baumgartner springt im Rahmen des Projekts Red Bull Stratos aus 39 Kilometern Höhe ab und durchbricht als erster Mensch im freien Fall die Schallmauer.

15. Oktober 1963: Konrad Adenauer tritt als Bundeskanzler zurück.

16. Oktober 2010: Mary MacKillop wird vom Papst Benedikt XVI. als erste Heilige Australiens und Ozeaniens kanonisiert.

18. Oktober 1854: In Bremen wird das erste deutsche Seemannsheim eröffnet.

